



Beschlussauszug

Sitzung des Rates der Gemeinde Bestwig vom 18.12.2019

Top 8 **Entwurf der Haushaltssatzung der Gemeinde Bestwig mit ihren Anlagen für das Haushaltsjahr 2020 und der Fünften Fortschreibung des Haushaltssicherungskonzeptes 2020**
(öffentlich)

Zur Beratung und Entscheidung gelangt der Sachverhalt gemäß Verw.-Vorlagen Nr. 072/2019, 080/2019 und 091/2019.

Bürgermeister Ralf Péus verweist zunächst auf die o.g. Verw.-Vorlagen. Der Entwurf der Haushaltssatzung mit ihren Anlagen wurde am 20.11.2019 eingebracht und in der Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses am 04.12.2019 – nach Vorstellung in einer gemeinsamen Sitzung der Fraktionen am 22.11.2019 – beraten.

Die zur heutigen Sitzung vorgelegte 1. Änderungsliste 2020 enthält folgende durch den Haupt- und Finanzausschuss am 04.12.2019 einstimmig beschlossenen Änderungsvorschläge:

- Erhöhung der Verlustabdeckung Sauerländer Besucherbergwerk gGmbH (konsumtiv: + 40.000 €; investiv: + 6.000 €)
- Zuschuss zum Anbau eines Multifunktionsraums am Schwimmbad in Velmede (Neu: 20.000 €)
- Zuschuss für die Planung und Umsetzung eines Hinweisschildes „Schieferbergbau Nuttlar“ auf dem neuen Autobahnteilstück A46 (Neu: 8.000 €)

Sodann erteilt Bürgermeister Ralf Péus dem **Fraktionsvorsitzenden der CDU-Fraktion, Ratsmitglied Winfried Gerold**, das Wort. Dieser hält folgende Haushaltsrede:

„Sehr geehrter Herr Bürgermeister, verehrte Gäste, liebe Kolleginnen und Kollegen des Rates,

ich möchte Sie und Euch heute nicht mit der Kommentierung aller größeren Haushaltskennzahlen langweilen, da wir uns bei diesem Haushalt in den wesentlichen Punkten einig sind. Vielmehr möchte ich nach einer kurzen Bestandsaufnahme auf die für die CDU-Fraktion wesentlichen Eckdaten eingehen, die für die Zukunft in Bestwig auch weit über 2020 hinaus von Bedeutung sein werden.

Beginnen möchte ich mit dem nun fast abgelaufenen Jahr:

Wir werden 2019 zwar etwas besser als erwartet abschließen, es bleibt im Ergebnisplan jedoch ein deutliches Defizit von 2 Mio. €. Die Gründe sind systembedingt und in den gewerbesteuerstarken Jahren 2017 und 2018 zu suchen, die uns in 2019 Folgekosten mit erhöhten Gewerbesteuerumlagen, Kreis- und Jugendamtsumlagen sowie des Wegfalls der Schlüsselzuweisungen bescherten.

Im Steuerkraftvergleich haben wir mit insgesamt 17 % den höchsten Rückgang aller Kommunen im Hochsauerlandkreis zu verzeichnen.

Zur Erinnerung: Im vergangenen Jahr lagen wir noch mit einem Zuwachs von 25 % einsam an der Spitze. An diesen Zahlen ist gut zu erkennen, vor welchen Herausforderungen unser Kämmerer im Zusammenhang mit der Aufstellung eines seriös kalkulierten Haushalts immer wieder steht.

Unsere Gewerbesteuereinnahmen werden im kommenden Jahr nicht zuletzt wegen der abflauenden Konjunktur wieder auf ein für unsere Gemeinde übliches Maß von kalkulierten 5,5 Mio. € sinken.

Wir gehören somit nicht mehr zu den abundanten Kommunen, leben also nicht mehr im „Überfluss“. Daher erhalten wir aus der Ausgleichsmasse des Landes auch wieder Schlüsselzuweisungen in Höhe von mehr als 2,2 Mio. €.

Fazit: Wir gelangen 2020 wieder in für unsere Gemeinde normales Fahrwasser.

Unser Bürgermeister hat uns in der letzten Ratssitzung unter Berücksichtigung der Rahmenbedingungen einen grundsoliden Haushaltsentwurf vorgelegt.

Mit den im Haupt- und Finanzausschuss beschlossenen Änderungen bleibt zwar ein Defizit von etwa 160.000 €, dieser Fehlbetrag kann jedoch aus der in den letzten Jahren wieder gut gefüllten Ausgleichsrücklage entnommen werden, denn dafür ist sie da.

Der Haushalt gilt damit als „fiktiv“ ausgeglichen, womit auch die Befreiung zur Aufstellung des seit 2015 für uns verpflichtendem Haushaltssicherungskonzeptes in Aussicht steht. Ich denke, dies ist ein großer Erfolg, an dem die Verwaltung mit ihren wirkenden Konsolidierungsmaßnahmen sowie der Rat mit nachhaltigen Investitionen wie auch gelegentlich unpopulären Entscheidungen gemeinsam gearbeitet haben.

Mit den Investitionen in unsere gemeindlichen Gebäude verfolgten wir neben der Sanierung älterer Bausubstanz auch immer das Ziel, mit Energieeffizienz den steigenden Energiekosten zu begegnen.

Ich möchte hier beispielsweise auf die Bewirtschaftungskosten unserer Gebäude eingehen: Trotz deutlicher Steigerungen der Öl-, Gas- und Strompreise konnten wir die Aufwendungen hierfür nicht nur stabilisieren, sondern sogar reduzieren.

Gleichzeitig können wir angesichts der aktuellen und aus meiner Sicht absolut notwendigen Klimadebatte feststellen, dass in unserer Gemeinde mit vielen Maßnahmen schon sehr lange an der Senkung des Energieverbrauchs und damit der CO²-Emissionen gearbeitet wird. In den vergangenen Jahren konnten sie in unseren Gebäuden von etwa 1200 Tonnen auf jährlich unter 900 Tonnen gesenkt werden. Zusätzlich wurden auf geeigneten Dächern der Gemeinde Fotovoltaik-Anlagen oder im Schwimmbad eine Kraft-Wärmekopplungsanlage installiert, die den Nachhaltigkeitseffekt weiter erhöhen. Investitionen in die energetische Effizienz sind somit nicht nur ökologisch, sondern mittelfristig auch ökonomisch sinnvoll und schaffen uns somit Luft für neue Investitionen.

Erlauben Sie mir in diesem Zusammenhang eine persönliche Anmerkung zum Thema „Windkraft“. Ich finde es enttäuschend, dass sich noch immer Bürger und vor allem auch verantwortliche Politiker dem für die Energiewende dringend notwendigen Zubau von Windenergie mit teils nicht belegten und fragwürdigen Argumenten verweigern. Es sind durch immer neuen Hürden bereits jetzt viele tausend zukunftssichere Arbeitsplätze in der Windkraftbranche Deutschlands vernichtet worden. Deutlich mehr, als insgesamt durch den Kohleausstieg noch wegfallen werden. Hardliner unter den Windkraftgegnern lehnen diese Form der Energiegewinnung grundsätzlich ab und werden nur Abstandsregeln zustimmen, die die Windkraftnutzung insgesamt verhindern.

Die Energie aus den guten sauerländischen Windverhältnissen könnte jedoch durch neue moderne Anlagen kostengünstig geerntet werden und damit die Wertschöpfung vor Ort erfolgen. Gleichzeitig könnte der Anteil von fossilen Energieträgern und damit auch die Abhängigkeit von teilweise totalitären Staaten gesenkt sowie dem Klimawandel mit den drohenden Katastrophen für die junge Generation entgegengewirkt werden.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, das musste ich mal wieder loswerden, nun aber wieder zu unserem Haushalt:

Es ist aus unserer aller Sicht erfreulich, dass auch im kommenden Jahr keine Notwendigkeit für zusätzliche Belastungen für unsere Bürgerinnen und Bürger besteht.

Müll-, Wasser-, Abwasser- und Winterdienstgebühren bleiben genau wie Hunde-, Grund- oder Gewerbesteuern auch im kommenden Jahr stabil.

Der strukturelle Haushaltsausgleich ist laut mittelfristiger Finanzplanung jedoch noch nicht ganz erreicht. Viele Ausgabepositionen sind nicht durch uns beeinflussbar und kennen nur eine Richtung, nämlich steil nach oben.

Als Beispiel sei hier die Jugendamtsumlage genannt, die von 2013 bis 2019 um fast 80 % auf mehr als 2,8 Mio. € gestiegen ist.

In diesem Zusammenhang sind wir für jede Entlastung wie die weitere Senkung der allgemeinen Kreisumlage. Eine weitere Senkung um zusätzliche 0,45 Punkte um dann 0,85 Punkte steht im Kreistag zur Diskussion und würde für uns eine zusätzliche Entlastung von immerhin 65.000 € bewirken.

Es gibt jedoch überhaupt keinen Grund, in irgendeiner Weise in unseren Bemühungen nachzulassen, bei der Erfüllung der gemeindlichen Aufgaben nach weiteren Optimierungen zu suchen.

Bei der Digitalisierung unserer Verwaltung und der Einführung des E-Government sind mit Einführung des Dokument-Management-Systems (DMS) die ersten Schritte getan. Je früher und umfassender diese Technologien für die tägliche Arbeit genutzt werden, desto eher können sich weitere Möglichkeiten der interkommunalen Zusammenarbeit mit entsprechenden Synergieeffekten entwickeln. Vor dem Hintergrund fehlenden Fachpersonals in den öffentlichen Verwaltungen ist dies die einzige Alternative zu neuen Diskussionen um Gebietsreformen.

Digitalisierung wird nicht nur in der öffentlichen Verwaltung, sondern in allen Lebensbereichen mehr und mehr Einzug halten und ist somit ein wichtiger Standortfaktor. Der Ausbau der digitalen Infrastruktur muss gerade im ländlichen Raum mit der technologischen Entwicklung schritthalten, um Wettbewerbsnachteile zu den Ballungsräumen an Rhein und Ruhr ausgleichen zu können. Bei dem im Herbst fertiggestellten VDSL-Ausbau in Velmede-Bestwig, Ostwig und Nuttlar handelt es sich zwar um eine Verbesserung, aber dennoch lediglich um eine Brückentechnologie. Bei der zunehmenden Spezialisierung auf dem Arbeitsmarkt benötigen wir die flächendeckende direkte Anbindung der Häuser und Betriebe an das Glasfasernetz, um dem Aderlass durch den Wegzug junger Menschen entgegenwirken zu können. „Smart City-Kommunen“ wie z.B. Ahaus haben mit ihren digitalen Offensiven bereits erste Erfolge erzielt.

Der Ausbau mit zukunftsfähigen Glasfaseranschlüssen (FTTH) in unseren Bundes-Fördergebieten wie Berlar, Grimlinghausen oder Nierbachtal sind zwar teilweise bereits im Bau, dieser geht aus meiner Sicht aber gerade in den Gewerbegebieten wie dem Wiemecker Feld zu langsam voran. Die Verzögerungen liegen zwar nicht in unserem Verantwortungsbereich, gern hätten wir jedoch bereits im vergangenen Sommer die Inbetriebnahme vermeldet.

Die Bereitstellung von insgesamt 100.000 € in unserem Haushalt für Planungskosten und Leerrohrverlegungen in den von weiteren von Baumaßnahmen betroffenen Straßen sind daher ein klares Zeichen unserer Zielsetzung, nämlich der Unterstützung des Gigasetz-Ausbaus.

Ich hatte es eben bereits angedeutet:

Dieser Haushalt ist im Besonderen von Investitionen geprägt:

Lassen Sie mich daher auf einige für die CDU-Fraktion bedeutende Projekte eingehen, ohne Sie mit Zahlen erschlagen zu wollen.

Die Modernisierung der „Alten Schule“ in Nuttlar war bereits im Herbst Gegenstand unserer Beratungen. Nachdem die Sanierung der Nebenräume in der Turnhalle abgeschlossen werden konnte, ist ein zweites großes Projekt für den Ortsteil Nuttlar auf den Weg gebracht, welches die Möglichkeiten des dörflichen Zusammenlebens weiter erhöht.

Auch für die in den kommenden zwei Jahren geplante Modernisierung der Nebenräume der Turnhalle in Ramsbeck sowie die Sanierung mit Folgenutzung der Räumlichkeiten des ehemaligen Schwimmbads werden die Infrastruktur in Ramsbeck nach der Neugestaltung des Dorfplatzes weiter auf.

Die bereits laufende Renaturierung der Valme wird neben den Vorteilen für Flora und Fauna sowie dem Hochwasserschutz die Attraktivität von Ramsbeck weiter erhöhen.

Zu unseren Schulen:

Die Sekundarschule läuft am Standort in Bestwig leider aus. Neben der demografischen Entwicklung ist das auch eine Folge des vielfältigen Schulangebots in unseren gut erreichbaren Nachbarkommunen sowie einem Schulkompromiss auf Landesebene, bei dem die Belange der kleinen Kommunen aus unserer Sicht nicht ausreichend berücksichtigt wurden.

Trotz alledem haben die Schülerinnen und Schüler unserer Sekundarschule selbstverständlich auch weiterhin ein Recht auf bestmögliche Lernvoraussetzungen. Wie bei den Grundschulen ebenfalls geplant und teilweise schon erledigt, sollen im Rahmen der Digitalisierung auch hier die bisher noch nicht ausgestatteten Klassenräume mit interaktiven Tafeln ausgestattet werden.

Alle weiteren für 2020 und 2021 im Zusammenhang mit der Sanierung des Schulzentrums stehenden Planungen sollen vor der Ausschreibung bezüglich Zeitpunkt und Notwendigkeit auch im Hinblick auf die geplante neue Nutzung der freien Räumlichkeiten auf den Prüfstand, um mögliche Fehlinvestitionen zu vermeiden. Die Ansätze hierfür sollen jedoch, wie im Haupt- und Finanzausschuss beschlossen, für 2020 nicht gekürzt werden, um ggfs. Umpriorisierungen zu ermöglichen. Das Schulzentrum ist seit 1977 in Betrieb und daher unstrittig auch unabhängig von der weiteren Nutzung an vielen Stellen modernisierungsbedürftig.

Die Feuerwehrgerätehäuser haben wir Ende Oktober allesamt besucht und gute Gespräche mit den Löschgruppenleitungen geführt. Nach dem erfolgreichen Umbau des Kindergartens in Andreasberg zu einem zweckmäßigen Feuerwehrgerätehaus haben wir bei allen weiteren Gerätehäusern das Problem, dass bei künftigen Fahrzeugwechseln die Garagenhöhen nicht mehr ausreichen werden. Sonderausführungen neuer Feuerwehrfahrzeuge, die noch in die Garagen passen würden, sind deutlich teurer und wirtschaftlich in keinsten Weise mehr vertretbar. Dies zwingt uns jedoch in den nächsten Jahren zu An- und Umbauten der Gerätehäuser. In Ostwig ist das Feuerwehrgerätehaus jedoch weder noch zeitgemäß noch wirtschaftlich sanierungsfähig, hier kommen wir um einen Neubau an neuer Stelle wohl nicht herum. Dies bedeutet auch für die nächsten Jahre notwendige zusätzliche Investitionen in beträchtlicher Höhe.

Erfreulich hingegen ist, dass sich die freiwillige Feuerwehr steigender Beliebtheit erfreut und personelle Zuwächse zu verzeichnen hat. Der Anteil der Feuerwehrfrauen ist dabei aber dennoch ausbaufähig.

Sport ist wichtig für Körper und Geist, dass leugnen inzwischen nicht mal mehr Sportverweigerer wie einst Winston Churchill.

Neben dem Schulsport werden unserer Sportanlagen vielfältig von unseren Sportvereinen für Training und Kursangebote genutzt. Nachdem wir die Autobahn wie beim A46-Run als Sportanlage wegen „neuer Gefahren“ leider nicht mehr nutzen können, sind wir nach wie vor auf unsere vereins- und gemeindeeigenen Anlagen angewiesen. Bereitstellung und Unterhaltung der Turnhallen und Sportplätze kosten jedoch auch viel Geld.

Die Veränderungen durch die demografische Entwicklung und der sich ändernden Anforderungen an moderne Sportanlagen werden in unserem regelmäßig anzupassenden Sportstättenkonzept Berücksichtigung finden.

Während sich die Turnhallen durch die vergangenen Maßnahmen nun in einem recht guten Zustand befinden, haben die gemeindlichen Sportplätze teilweise noch deutlichen Nachholbedarf. Eine Aufwertung des Valmesportplatzes in Bestwig durch das LEADER-Projekt des TuS Velmede-Bestwig mit der Anlage eines Outdoor-Fitnessparks ändert noch nicht viel am Gesamtzustand und kann daher nur ein erster Schritt sein.

Auf die Erhebung von Benutzungsgebühren für unsere Sportanlagen (mit Ausnahme der Schwimmhalle) möchten wir, so lange es eben geht, auch weiterhin verzichten. Dies würde nach unserer Meinung nur zusätzlich die Verwaltung und im Besonderen die vielen ehrenamtlichen Funktionsträger in den Sportvereinen belasten.

Der in der letzten Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses diskutierte Gemeindeanteil in Höhe von 20.000 € am Erweiterungsbau der Schwimmhalle Velmede steigert die Attraktivität des Lehrschwimmbeckens und ist aufgrund der steigenden Nichtschwimmerquote in unserem Land ebenfalls eine Investition in den Sport. Somit kann ein Projekt verwirklicht werden, für den der Förderverein der Wasserfreunde bereits seit Jahren Rücklagen bildet und selbst neben einer möglichen 65 %- Bundesförderung und weiteren Zuwendungen ebenfalls 20.000 € bereitstellt.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

unser Vereinsleben ist vielseitig und bietet neben sportlichen Angeboten noch eine ganze Menge weiterer Angebote. Von KulturPur, Chören oder von kirchlichen Einrichtungen bekommen unsere Bürgerinnen und Bürger ein breites Spektrum an Aktivitäten geboten. Die Unterstützung der Vereine ist uns daher ein besonderes Anliegen.

Auch unsere Schützenvereine leisten mit ihren Aktivitäten sowie der Bereitstellung der auch außerhalb ihrer Hochfeste vielfältig genutzten Schützenhallen einen wichtigen Beitrag für funktionierende Dorfgemeinschaften. Die Gemeinde unterstützt die Unterhaltung der Hallen mit einem jährlichen Pauschalbetrag von 12.800 €, den die Gemeinschaft der Schützenvereine eigenverantwortlich verwaltet. Seit der Jahrtausendwende ist dieser Betrag trotz immer weiter steigenden Kosten und Auflagen nicht angepasst worden, sondern mit der Euro-Einführung im Jahr 2001 lediglich umgerechnet worden.

Wir denken, hier sollte der Rat ab dem Haushaltsjahr 2021 über eine Anpassung zumindest in Höhe eines Inflationsausgleichs nachdenken.

Morgen ist es genau ein Jahr her, dass der Rat einstimmig eine Resolution zur Abschaffung der Straßenausbaubeiträge nach dem KAG verabschiedet hat. Viele andere Kommunen hatten ähnliche Resolutionen verabschiedet, die in Summe entsprechend Wirkung bei der Landesregierung zeigten.

Eine gänzliche Abschaffung dieser aus meiner Sicht ungerechten Veranlagung wurde bisher zwar nicht beschlossen, jedoch sollen heute im Landtag neben einer Härtefallregelung ein neu aufgelegter Fond die Belastungen für die Betroffenen zumindest halbieren.

Trotz der Verbesserungen für die Bürger sind wir mit dieser Lösung nicht zufrieden, wirft sie doch mehr Fragen auf als sie Antworten geben kann.

Am Bahnhof werden bereits die im letzten Jahr beschlossenen Fahrradboxen im kommenden Jahr nun endlich aufgestellt.

Für Radfahrer nicht nur mit touristischem Hintergrund ebenfalls von großer Bedeutung ist der bereits im letzten Haushalt beschlossene Radweg entlang der Schieferhalden von Nuttlar und Ostwig; nicht zuletzt als neue Streckenführung für den RuhrtalRadweg. Die Verwirklichung zu einem möglichst frühen Zeitpunkt mit einer Nutzungsmöglichkeit bereits in der kommenden Fahrradsaison wäre aus unserer Sicht eine tolle Sache.

Das Stellwerk hat inzwischen auch notariell einen neuen Besitzer. Es wird derzeit saniert und umgebaut und bald in neuem Glanz das Ortsbild wieder bereichern.

Unser gemeinsamer Antrag auf Translozierung, also die Versetzung des Wasserhahns weg vom ehemaligen Lokschuppengelände an einen neuen Standort, könnte die Zustimmung des oberen Denkmalbehörde erhalten. Wir sollten nach einer Bestätigung dieser Annahme gemeinsam überlegen, ob der von der SPD-Fraktion vorgeschlagene Standort am Ruhrtal-Radweg oder ein Ensemble gemeinsam mit der Dampflok-Installation am Bahnhofsvorplatz der bessere Standort für den Wasserhahn ist.

Ich bin überzeugt, dass wir hier eine gute Lösung finden werden.

Ich möchte an dieser Stelle noch einen kurzen Blick auf weitere Themen werfen, die uns in naher oder weiterer Zukunft beschäftigen werden.

Das Autobahnteilstück der A46 wurde im November planmäßig für den Verkehr freigegeben. Die Erwartungen an die deutliche Reduzierung der Verkehrsbelastung in der Ortsdurchfahrt haben sich erfüllt, einen Stau habe ich seither nicht mehr erlebt. Sicher wird noch ein wenig Zeit vergehen, bis alle Navigationsgeräte den Weg über den neuen Abschnitt weisen. In einigen Monaten und nach einer neuen Verkehrszählung mit Verkehrsprognose werden wir die zukünftige Verkehrsbelastung genauer kennen. Dann wird es Zeit, sich mit einer möglichen Umgestaltung der Bundesstraße weg von einer reinen Durchfahrtsstraße sowie möglichen Lockerungen der Durchfahrtsperren in den angrenzenden Wohngebieten zu befassen.

Sicher können im Diskussionsprozess hier auch bereits Vorschläge aus dem vergangenen IKEK-Prozess Berücksichtigung finden. Im Besonderen ist dabei die Verbesserung der Sicherheit von Fuß- und Radverkehr zu berücksichtigen, für die es nach der Autobahnfreigabe mit der Verkehrsentlastung neue Möglichkeiten gibt. Auch 2019 haben sich bis heute wieder bereits vier schwere Radunfälle an der Bundesstraße ereignet. Bei allen mir bekannten Unfällen wurden die Radfahrer von Kraftfahrzeugführern übersehen.

Die seit vielen Jahren stockende Planung der Umgehung für die L776 (Rüthener Straße) in Nuttlar mit Abzweig direkt vom Kreisverkehr am Autobahnende in Nuttlar ist mehr als ärgerlich.

Inzwischen gibt es Vorschläge für eine weniger aufwändige alternative Streckenführung, die neuen Schwung in die Planungen bringen könnte. Nach einer möglicherweise erfolgreichen Prüfung der Vorschläge könnte dann bei evtl. fehlenden Planungskapazitäten von Straßen NRW auch eine Planung durch ein von der Gemeinde beauftragtes Planungsbüro in Betracht gezogen werden. Diese Vorgehensweise ist durchaus möglich, die anfallenden Kosten würden in solchen Fällen komplett durch das Land erstattet.

Die medizinische Versorgung vor Ort ist ein ganz wichtiger Standortfaktor und soll in der Zukunft auch mit Hilfe des „Medizinischen Versorgungsverbundes Meschede/Bestwig“ sichergestellt werden. Die im vergangenen Januar in der gemeinsam mit den Kolleginnen und Kollegen des Rates aus Meschede durchgeführten Ratssitzung definierten Ziele müssen daher mit Leben gefüllt werden, um unsere Interessen mit den Planungen der Kassenärztlichen Vereinigung in Einklang bringen zu können.

Wie bereits vorhin angedeutet, verlassen noch zu viele junge Menschen ländliche Kommunen wie Bestwig und suchen ihr Glück in den Ballungsräumen. Ich bin überzeugt, dass viele von Ihnen bei entsprechenden Voraussetzungen wieder zurückkehren werden. Die ohnehin schon gute Verkehrsanbindung in den Großraum Rhein-Ruhr sowie eine hoffentlich bald fertiggestellte flächendeckende Gigabit-Infrastruktur sind neben dem Schul-, Sport- und Freizeitangebot sowie der medizinischen Nahversorgung wichtige Argumente dafür.

Insgesamt sehe ich trotz aller Schwierigkeiten und Herausforderungen der nahen Zukunft unsere Gemeinde auf einem guten Weg.

Die vielen Ehrenamtlichen in unseren Vereinen und Institutionen, die sich mit viel Engagement und Herzblut für Ihre Mitmenschen einsetzen und somit für eine attraktive wie lebenswerte Gemeinde sorgen, sollten da für Rat und Verwaltung Ansporn genug sein.

Die CDU-Fraktion folgt also der Beschlussempfehlung des Haupt- und Finanzausschusses und stimmt dem Haushalt mit sämtlichen Anlagen einschließlich des Haushaltssicherungskonzeptes zu.

In diesem Sinne wünsche ich uns auch zukünftig den notwendigen Weitblick und den Mut zu Veränderungen.

Im Namen der CDU-Fraktion möchte ich mich bei Bürgermeister Ralf Péus, unserem Kämmerer Klaus Kohlmann sowie allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Verwaltung wieder für die gewohnt gute Arbeit auch in diesem Jahr bedanken.

Mit der SPD-Fraktion haben wir ebenfalls wieder vertrauensvoll und zielorientiert zusammengearbeitet. Auch hierfür im Rahmen meiner letzten Haushaltsrede hier im Rat mein ganz persönlicher Dank insbesondere an ihren Vorsitzenden Paul Theo Sommer.

Ich wünsche ihnen und uns allen schöne Festtage und auch im nächsten Jahr wieder viel Erfolg bei der Bewältigung unserer gemeinsamen Aufgaben.

Vielen Dank fürs Zuhören“

Sodann nimmt der **Fraktionsvorsitzende der SPD-Fraktion, Ratsmitglied Paul Theo Sommer**, zur Haushaltssatzung und zu den Anlagen Stellung. Er hält folgende Haushaltsrede:

„Sehr geehrter Herr Bürgermeister,
meine sehr verehrten Damen und Herren!

Der Bürgermeister hat am 20.11. den Haushaltsentwurf 2020 eingebracht. Im Gegensatz zu den Haushaltsentwürfen der Vorjahre nannte er beim Ergebnisplan bei Erträgen in Höhe von 21.880.902 € einen Fehlbetrag in Höhe von „nur“ 121.186 €. Gegenüber dem Vorjahr, für 2019 lautete der Fehlbetrag 2.123.899 €, eine Verbesserung von über 2 Mio. €. Eigentlich unglaublich - aber zu erklären.

Es hat mit der Systematik des Haushaltsrechts zu tun. Für 2019 gab es keine Schlüsselzuweisungen, weil wir im Referenzzeitraum 01.07.2017 – 30.06. 2018 eine zu hohe Steuerkraft hatten. Das lag einzig und allein an den ungewöhnlich hohen Gewerbesteuerereinnahmen in diesem Zeitraum. Im jetzt gültigen Referenzzeitraum 01.07.2018 – 30.06.2019 sind wir wieder in der Realität angekommen.

Das bedeutet, dass wir bei der Steuerkraft im Vergleich zu den anderen Gemeinden des Hochsauerlandkreises vom dicksten Plus 2018/2019 (+25,68 %) 2019/2020 ins dickste Minus (-17,28 %) abstürzten.

Aber das bedeutet auch, dass wir wieder Schlüsselzuweisungen des Landes bekommen, immerhin 2.261.179 €. Schaut man sich die Tabelle der Entwicklung der Schlüsselzuweisungen an, könnte man meinen, man schaut auf die Aufzeichnung eines Erdbebens, rauf und runter.

Der Bürgermeister hat Recht, wenn er in seiner Haushaltsrede betont, dass die Systematik der Schlüsselzuweisungen ungerecht ist und bleibt. Die sogenannte Einwohnerveredelung, die er anspricht, und die bedeutet, dass den großen Städten pro Einwohner deutlich mehr Geld zur Verfügung gestellt wird, ist eine klare Benachteiligung des ländlichen Raumes. Eine gerechtere Verteilung der Landesmittel muss die Forderung an unsere Landesregierung sein. Unsere Landtagsabgeordneten sind da in der Pflicht.

Den eben angesprochenen Fehlbetrag im Ergebnisplan, der sich in der 1. Veränderungsliste auf 169.186 € leicht erhöht hat, können wir der Ausgleichsrücklage entnehmen. Damit ist der Haushalt fiktiv ausgeglichen.

Die Ausgleichsrücklage, die wir ja zwischenzeitlich vollständig aufgebraucht hatten, steht durch die deutlichen Ergebnisverbesserungen der letzten Jahre wieder zur Verfügung. Aber machen wir uns nichts vor, die Ergebnisverbesserungen der Jahre 2017 und 2018 sind in erster Linie der exorbitanten Steigerung des Gewerbesteueraufkommens zu verdanken.

Und gerade diese für uns so wichtige Steuerart ist schwer zu prognostizieren, ist häufig großen Schwankungen und Unsicherheiten unterworfen. Es wäre unseriös, das Gewerbesteueraufkommen der Jahre 2018 oder 2017 als Planungszahl für den Haushalt 2020 anzunehmen. Hier auf Grundlage des aktuellen, tatsächlichen Gewerbesteueraufkommens vorsichtig mit 5,5 Mio. € zu planen ist richtig. Ein höheres Aufkommen, also eine positive Überraschung, nehmen wir gerne zur Kenntnis.

Erfreulich für die Bürgerinnen und Bürger ist die Tatsache, dass in Bestwig die Steuern und Gebühren stabil bleiben.

Liest man die Lokalpresse, so stellt man fest, dass das bei unseren Nachbarkommunen nicht überall der Fall ist.

Erfreulich ist auch die Tatsache, dass die diesjährige Fortschreibung unseres Haushaltssicherungskonzeptes vermutlich letztmalig erfolgt.

Durch die aufgefüllte Ausgleichsrücklage sind wir in der Lage, auch die anzunehmenden Fehlbeträge der mittelfristigen Finanzplanung abzudecken.

Dadurch wären wir in den nächsten Jahren finanziell deutlich handlungsfähiger.

Auch in diesem Jahr handelt es sich bei vielen Ausgaben um Pflichtausgaben, die wir nicht beeinflussen können.

Der dickste Brocken ist jedes Jahr die Kreis- und Jugendamtsumlage.

Im nächsten Jahr zahlen wir zusammen 8.077.110 €, geringfügig weniger als in diesem Jahr.

Besonders die Jugendamtsumlage ist in den letzten Jahren förmlich explodiert.

Vor fünf Jahren, 2015, betrug die Kreisumlage für uns 4.352.695,90 €, 2020 5.148.650,00 €, eine Steigerung um knapp 800.000 €.

Bei der Jugendamtsumlage zahlten wir 2015 1.844.274,38 €, 2020 werden es 2.864.460 € sein, eine Steigerung von über 1.000.000 €.

Offensichtlich werden die Fälle, wo Familien, Kindern und Jugendlichen geholfen werden muss, schwieriger, dauern länger und werden komplexer. Wohl auch eine gesellschaftliche Entwicklung, die uns voll erwischt hat. Man muss kein Prophet sein, um eine weitere Steigerung der Umlagekosten zu prognostizieren.

Sämtliche Aus- und Einnahmen des Gemeindehaushalts wurden uns in der gemeinsamen Fraktionssitzung am 22. November vom Kämmerer erläutert, begründet und realistisch dargestellt.

Da gab es wenig Nachfragen.

Hier nun einige Anmerkungen zu Positionen im Haushalt 2020:

Schulen

Unsere Grundschulen sind nach den Sanierungsmaßnahmen der letzten Jahre in gutem baulichen Zustand. Die investiven Maßnahmen im nächsten Jahr beziehen sich auf die Interaktiven Tafeln. Eine absolute, leider auch teure Notwendigkeit. Aber es gilt, auch unseren Grundschulern digitale Kompetenz zu vermitteln. Die Zeit der Kreidetafeln ist vorbei.

Bei allen unseren Grundschulen gilt: Der Bestand ist auch in den nächsten Jahren gesichert.

Leider gilt diese Aussage für unsere Sekundarschule, Teilstandort der Sekundarschule Olsberg/Bestwig, nicht.

Zum Schuljahr 2020 / 2021 wird es in Bestwig keine Eingangsklasse geben.

Das ist eine traurige Tatsache. Gerade haben wir in Bestwig die Realschule endgültig beendet und nun, kurz danach, Beendigung des nachfolgenden Bildungsangebotes der Sekundarstufe I in Bestwig.

Aber wenn eine Sache nicht funktioniert, das Anmeldeverhalten der Eltern zeigt das, sollte man es beenden. Lieber ein Ende mit Schrecken als ein Schrecken ohne Ende.

Wichtig ist nun, dass das mit viel Geld sanierte und aufgewertete Schulgebäude einer sinnvollen und nachhaltigen Nutzung zugeführt wird.

Für die Vermarktung ist es unseres Erachtens erforderlich, dass die geplanten Investitionen, z.B. in Sachen Barrierefreiheit oder in die Digitalisierung, umgesetzt werden. Bei einzelnen Positionen, wie z.B. die Umgestaltung des Farbkonzeptes oder der Aufzug für die Sporthalle, haben wir ja im Haupt- und Finanzausschuss vereinbart, dass hierüber dann im nächsten Jahr nochmals diskutiert werden kann, wenn die Maßnahmen akut werden.

Erste Signale für die gute und nachhaltige Nachnutzung des Schulzentrums stimmen uns optimistisch.

Sportstätten

Hier sind für die Renovierung der Turnhalle Ramsbeck 350.000 € im Haushalt eingestellt, eine hohe Summe für eine sinnvolle Investition.

Vereine

Wir unterstützen trotz derzeitiger Haushaltssicherung auch weiterhin unsere Vereine, ich nenne da beispielhaft die Schützenbruderschaften unserer Gemeinde.

Feuerwehr

Die Wohnhausbrände in Velmede und Nuttlar in diesem Jahr haben gezeigt, dass wir eine leistungsfähige Feuerwehr brauchen und wie sich gezeigt hat, auch haben.

Bei der Vorstellung und Verabschiedung des Brandschutzbedarfsplanes im Februar dieses Jahres wurde anschaulich dargestellt, dass wir eine den örtlichen Verhältnissen entsprechende leistungsfähige Feuerwehr unterhalten.

Die Struktur- und Organisationsform mit 1 Zug und 5 Löschgruppen hat sich bewährt und ist weiterhin notwendig.

Der Personalbestand ist aktuell ausreichend, Mitgliederwerbung und Nachwuchsarbeit aber dauerhaft erforderlich.

Für die Zukunft wird weiterer Bedarf an neuen Fahrzeugen und bauliche Maßnahmen an den Feuerwehrgerätehäusern gesehen.

Für uns eindrucksvoll waren im Oktober die Besichtigungen der Feuerwehrgerätehäuser. Den modernen Erfordernissen genügen eigentlich nur noch der Um- bzw. Neubau in Andreasberg und das Gerätehaus in Heringhausen. In Ramsbeck, dort standen draußen die beiden Feuerwehrfahrzeuge der Wehren aus Ramsbeck und Heringhausen, wurde anschaulich dargestellt, dass ein neues Fahrzeug wie das Heringhauser aufgrund der höheren Aufbauten nicht mehr in ein altes Gerätehaus passt. Das bedeutet, dass Um- bzw. Neubauten erforderlich sind. Die größten Defizite hat das Ostwiger Gerätehaus, wo sich die Feuerwehrkameras immer noch in der Garage umkleiden müssen. Hier ist nicht nur deshalb ein Neubau unumgänglich.

Das alles bedeutet, dass in den nächsten Jahren Millioneninvestitionen für Fahrzeugneuschaffungen und Neu- bzw. Umbauten der Gebäude auf die Gemeinde zukommen. Die Feuerschutzpauschale in Höhe von 45.600 € pro Jahr ist da nur ein Tropfen auf den heißen Stein. Hier ist das Land in der Pflicht, mit einem Förderprogramm den Kommunen zu helfen.

Renaturierung von Gewässern

Hier wird viel Geld in die Hand genommen. Aber diese Ausgaben mit einer Landeszuwendung von 90 % sind sinnvoll. Was da in den letzten Jahren entstanden ist, lässt sich sehen, ist nachhaltig und wertet unsere Gemeinde auf.

Straßenbaumaßnahmen

Bei den Investitionsblöcken sind die Straßenbaumaßnahmen mit 817.000 € der größte Block. Bei dem vorliegenden Renovierungsbedarf in unserer Gemeinde absolut erforderlich.

Stichwort KAG

Der Gemeinderat hat am 19.12.2018 einstimmig eine Resolution zum Wegfall von Straßenausbaubeiträgen nach § 8 KAG beschlossen. Das war eine Unterstützung der Volksinitiative des Bundes der Steuerzahler und einer Gesetzesinitiative der SPD-Landtagsfraktion. Trotz dieser größten Volksinitiative in der NRW-Geschichte mit 450000 Unterschriften und trotz der Resolutionen von 130 Kommunen, hat sich die Landesregierung dagegen ausgesprochen, die Straßenausbaubeiträge für Anlieger abzuschaffen.

Nach meiner Kenntnis wurde am heutigen Mittwoch im Landtag abgestimmt.

Im nun verabschiedeten Gesetz der CDU/FDP-Landesregierung stehen Dinge, die in Bestwig schon längst praktiziert werden, z.B. Anliegerversammlungen.

Zur Flankierung der Neuregelung soll ein Förderprogramm von jährlich 65 Millionen Euro aufgelegt werden, also etwa die Hälfte der Summe, die beim geforderten kompletten Wegfall der Straßenausbaubeiträge erforderlich wäre.

Das neue Gesetz bedeutet mehr Bürokratie für die Kommunen, mehr Aufwand und damit mehr Kosten.

Nach einer Baumaßnahme zahlt die Gemeinde....der Anliegerund das Land / das Land wie viel konkret?

Die Landes-SPD spricht von einem „Verwaltungsmonster“.

Warum sollen NRW-Bürger bezahlen und Bürger anderer Länder (z.B. Bayern und Baden-Württemberg) nicht? Eigentlich sollten alle Bundesbürger gleichbehandelt werden. Das ist eine Sache der Gerechtigkeit.

Ein ganzes Jahr lang hatten wir keine Klarheit und Verzögerung bei dringend erforderlichen Sanierungsmaßnahmen.

Wir fordern nach wie vor die vollständige Abschaffung dieser Straßenausbaubeiträge!

Das letzte Wort ist, auch nach Verabschiedung des Gesetzes, wohl noch nicht gefallen. Ein neues unabhängiges Gutachten des parlamentarischen Beratungsdienstes des Landtages äußert Zweifel an der Rechtmäßigkeit der Reform.

Errichtung Bestattungswald

In der Entwicklungsausschusssitzung am 12. Dezember haben wir zur Kenntnis genommen, dass der nach unserem Antrag vom April 2016 angedachte Bestattungs- / Ruhewald talseits der Veledahöhle verwaltungsseitig skeptisch gesehen wird.

Die SPD-Fraktion hat in dieser Sitzung deutlich gemacht, dass sie großen Wert darauf legt, dass dieses Projekt weiter verfolgt und umgesetzt wird.

Selbstverständlich werden wir konstruktiv in der erweiterten Friedhofscommission mitarbeiten, damit es im Frühjahr / Frühsommer 2020 zu einer guten Entscheidung für Bestwig kommen kann.

LEADER-Projekte

Der Bürgermeister hat am 20. November an uns appelliert, dass wir uns Gedanken machen sollen über mögliche Projekte in den Ortsteilen.

Das haben wir natürlich gemacht. Wir wissen, dass in den Ortsteilen konkrete Gespräche laufen, die aber noch nicht zum Abschluss gekommen sind. Hier werden sicherlich noch konkrete Anträge kommen.

Wir erinnern an unseren Antrag vom Juli diesen Jahres, den auf dem Bahngelände Nähe des ehemaligen Lokschuppens stehenden Wasserkran umzusetzen. Es ist klar, dass erst die Denkmalschützer ihr o.k. geben müssen. Aber diese Maßnahme, den Wasserkran als Blickfang eines Rastplatzes am RuhrtalRadweg in Höhe der Fa. Busch mit Bänken und Tisch und mit Hinweisschildern bezüglich der Bestwiger Eisenbahngeschichte, könnte doch auch eine LEADER-Maßnahme sein.

Die Realisierung der beiden LEADER-Maßnahmen „Aussichtsplattform Wasserfall Plästerlegge“ und „Outdoor Fitnesspark Sportanlage Bestwig“ begrüßen wir ausdrücklich.

Mobilfunk- und Breitbandausbau

In der Sitzung am 20. November hat der Rat die Verwaltung beauftragt, sich für die Initiative der Telekom „Wir jagen Funklöcher“ für die Ortsteile Nierbachtal, Grimlinghausen und im Bereich des Feuerwehrgerätehauses Heringhausen zu bewerben. Wir haben damit den „Hut in den Ring“ geworfen und müssen abwarten, ob wir da zum Zuge kommen.

Klar ist, dass auch wir als ländliche Region auf eine leistungsfähige Mobilfunk-Versorgung angewiesen sind.

Das gleiche gilt für eine leistungsfähige Breitbandversorgung. Diesbezüglich ist in der letzten Zeit im Gemeindegebiet viel gebuddelt worden. Manchmal bekommt man als Laie schon Zweifel, ob hier noch jemand den Überblick behält. Aber am Ende muss sichergestellt sein, dass auch wir in Bestwig mit der modernen Technik gut und ausreichend versorgt sind.

Klimaschutzmaßnahmen der Gemeinde Bestwig

Die international vereinbarten Klimaschutzziele zu erreichen, ist sehr ambitioniert. Auch wir in Deutschland müssen was tun, keine Frage.

Das Klimaschutzprogramm der Bundesregierung ist der richtige Weg.

Im Ausland werden wir dafür gelobt, nur im eigenen Land hört man zuallererst Kritik. „Das geht nicht weit genug...“ hört man immer wieder.

Das Programm muss sicher an der ein oder anderen Stelle noch nachgeschärft werden, aber grundsätzlich ist das maßvolle Vorgehen richtig. Man darf die Bürgerinnen und Bürger nicht überfordern. Akzeptanz ist wichtig.

Im Entwicklungsausschuss am 12. Dezember haben wir eine Maßnahmenliste zur Kenntnis genommen und gesehen, dass Klimaschutz auch für Bestwig ein Thema ist.

Das sind im Einzelnen häufig kleine Schritte für den Klimaschutz, aber Maßnahmen wie Wärmedämmung in der Außenwandbekleidung, Austausch oder Umstellung einer Heizungsanlage, Fenstererneuerung, Anlegung von Blumenwiesen, nachhaltige Forstwirtschaft und vieles mehr zeigen die richtige Richtung.

Ich finde es gut, dass wir in Bestwig nicht in Aktionismus übergehen, einen Klimanotstand ausrufen oder einen Klimamanager einstellen. Es gibt da landes- und bundesweit viel Hysterie und Polemik, häufig wird moralisierend und mit einem Absolutheitsanspruch debattiert.

Unsere sachliche nüchterne Vorgehensweise hier in Bestwig ist der richtige Weg.

Dabei sollten wir bleiben!

Was die Windkraft betrifft, sind in Bestwig 2 Konzentrationszonen zur Windenergienutzung im Flächennutzungsplan ausgewiesen. 8 Windenergieanlagen wurden privat errichtet. Seit 2015 läuft ein FNP-Verfahren zur Ausweisung weiterer Konzentrationszonen. Wie dieses Verfahren endet, kann man bei den sich dauernd ändernden politischen und rechtlichen Vorgaben beim Anwohner-, Landschafts- und Naturschutz nicht sagen.

Festzuhalten bleibt, dass der Bau einer Freilandphotovoltaikanlage, die wir im Juni mit einem ersten Schritt für den Bereich Schellenpfad auf den Weg gebracht haben, in der Bevölkerung weitaus eher akzeptiert wird, als ein Windrad, welches, wie jetzt im Mescheder Lokalteil der Westfalenpost zu lesen war, eine Höhe von 245 Metern haben kann.

Dorfgemeinschaftshäuser

430.000 € sind für den Umbau der „Alten Schule“ in Nuttlar zur multifunktionalen Nutzung durch die örtlichen Vereine als investive Maßnahme im Haushalt 2020 aufgeführt. 65% Landesförderung werden erwartet. Mit dieser Investition kommen wir dem Wunsch der Dorfbewohner von Nuttlar nach.

Ebenfalls 65% Förderung erwarten wir für den ein Jahr später geplanten Umbau der ehemaligen Schwimmhalle Ramsbeck zu einem Multifunktionsraum für Vereine und Grundschule. Auch hier wollten wir uns dem Wunsch der Dorfgemeinschaft, der Vereine und der Schule nicht verschließen.

Hinweisen möchte ich auf unsere bei der Entscheidung im September vorgetragenen Befürchtung bezüglich negativer Auswirkungen auf Junkern Hof und unseren Appell wiederholen Junkern Hof nicht „verwaisen“ zu lassen.

Ein Wort noch zur Freigabe der A 46

Am 18. November wurde nach 10 Jahren Bauzeit der Autobahnabschnitt Velmede-Nuttlar feierlich eröffnet. Für uns alle spürbar kann man jetzt zu allen Uhrzeiten zügig sein Ziel in Bestwig erreichen.

Besonders freut mich, wie am Wochenende in der Zeitung zu lesen war, dass die Bestwiger Händler eine positive Bilanz nach der A 46-Eröffnung ziehen und optimistisch in die Zukunft blicken.

Die gute und zügige Erreichbarkeit gilt dann auch für die Neuen Märkte Aldi und Rewe in Borghausen, die nach Änderung des Flächennutzungsplanes und Aufstellung des Bebauungsplanes im nächsten Jahr gebaut werden.

Dieses deutlich geänderte Verkehrsaufkommen bedeutet aber auch, dass wir möglichst schnell ein Verkehrsgutachten mit einer aktuellen Verkehrszählung brauchen. Dieses Gutachten sollte auch die Nebenstraßen der B 7 einbeziehen, um fundierte Erkenntnisse über die zukünftige Verkehrsführung in Bestwig und Velmede zu bekommen.

Im Haupt- und Finanzausschuss am 4. Dezember haben wir zur Kenntnis genommen, dass der Wirtschaftsplan des Sauerländer Besucherbergwerks nun vorliegt...und zwar mit einem dicken Wermutstropfen. Gingen wir bei der Vorlage des Haushaltsentwurfs von einem Gesamtzuschuss in Höhe von 125.000 € aus, so erhöht sich der Zuschuss nun auf insgesamt 171.000 € (125.000 € konsumtiv und 46.000 € investiv).

Aber hier sind wir in der Pflicht, die Ausgaben sind alternativlos, ist das Besucherbergwerk doch eine wichtige Einrichtung in unserer Gemeinde, bekannt weit über unsere Grenzen hinaus und ein touristisches Highlight.

Als touristische Maßnahme sehen wir auch den CDU-Vorschlag, für die Planung und Umsetzung eines Hinweisschildes „Schieferbergbau Nuttlar“ an der A 46 einen 8.000 € -Zuschuss bereit zu stellen und stimmen dem zu.

Den Wunsch des Fördervereins der Wasserfreunde, für einen multifunktionalen Glasanbau am Velmeder Schwimmbad aus dem Gemeindehaushalt 20.000 € beizusteuern, unterstützen wir voll und ganz. Gerade kürzlich konnte man lesen, dass die DLRG bedauert, dass bundesweit immer mehr Bäder geschlossen werden und es immer schwieriger wird, allen Kindern Schwimmunterricht zu erteilen. Nicht zuletzt deshalb ist es wichtig, dass das Velmeder Schwimmbad im Bestand gesichert und aufgewertet wird.

Ich komme zum Fazit meiner Ausführungen.

Wie wir ja schon im Haupt- und Finanzausschuss geäußert haben, stimmt die SPD-Fraktion dem vorgelegten Haushaltsentwurf zu.

Es bleibt mir noch, mich - auch im Namen der gesamten SPD-Fraktion - bei Bürgermeister Ralf Peus und Kämmerer Klaus Kohlmann für die gute Zusammenarbeit zu bedanken.

Danke sagen wir auch allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern im Rathaus für die geleistete Arbeit im vergangenen Jahr.

Und auch Ihnen, den Kolleginnen und Kollegen der CDU-Fraktion sage ich Dankeschön für die Zusammenarbeit. Es war immer möglich, sich nicht nur hier im Rathaus, sondern auch außerhalb dieses Hauses bei vielen Gelegenheiten sachlich und menschlich vernünftig zu begegnen.

Ich wünsche Ihnen allen eine schöne Weihnachtszeit und einen guten Start ins neue Jahr 2020.

Danke für die Aufmerksamkeit!"

Sodann ergeht folgender Beschluss:

Der Rat der Gemeinde Bestwig beschließt die Haushaltssatzung 2020 mit ihren Anlagen und die Fünfte Fortschreibung des Haushaltssicherungskonzeptes 2020 in der am 04.11.2019 aufgestellten und bestätigten Fassung und unter Berücksichtigung der in der Verwaltungsvorlage Nr. 091/2019 beigefügten 1. Veränderungsliste zum Haushalt 2020.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
22	0	0

(Eine Ausfertigung der Haushaltssatzung wird dem Protokollbuch als Anlage beigefügt).

Der Auszug entspricht dem Inhalt der Beratung.

Bestwig, den 19. Dezember 2019

Gemeinde Bestwig
Der Bürgermeister
i. A.



Elke Biele
